

Zivilcourage in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel einer politischen Kultur

I.

„Was ist des Unschuldigen Schuld –
Wo beginnt sie?
Sie beginnt da,
Wo er gelassen, mit hängenden Armen
Schulterzuckend daneben steht,
Den Mantel zuknöpft, die Zigarette
Anzündet und spricht:
Da kann man nichts machen.
Seht, da beginnt des Unschuldigen Schuld.“¹

Dieses Gedicht verfasste die deutsch-jüdische Schriftstellerin Gerty Spies im KZ Theresienstadt, aus dem sie im Juni 1945 als eine der wenigen Überlebenden nach München zurückkehrte. Die Verse beschreiben prägnant den Typus des Mitläufers, der aus Passivität und Mangel an Verantwortlichkeit, aus Opportunismus, Autoritarismus oder auch Karrierismus (nicht nur) die beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert möglich gemacht hat. Das Kontrollratsgesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 definierte als Mitläufer den Zeitgenossen, der „nicht mehr als nominell am Nationalsozialismus teilgenommen oder ihn nur unwesentlich

1 Die Verse werden auf der Website der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in München als das „Vermächtnis des langjährigen Mitglieds und Ehrenvorsitzenden der GCJZ München“ Gerty Spies wiedergegeben (<http://www.gcjz-m.de/index.php?id=75>; letzter Aufruf 25.3.2013). Eine alternative Fassung präsentiert die große Liberale und frühere FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher in folgender Kontextualisierung: „In Theresienstadt hatte meine Freundin Gerty Spies auf einen Fetzen Packpapier notiert: ‚Was ist der Unschuldigen Schuld? Wo beginnt sie? Sie beginnt da, wo man mit hängenden Armen, schulterzuckend daneben steht, den Mantel zugeknöpft, die Zigarette angezündet und spricht: Da kann man nichts machen. Seht, da beginnt der Unschuldigen Schuld.‘“ (Hildegard Hamm-Brücher: Zum Geleit. Deutsche Existenz nach Auschwitz. In: Brigitta Huhnke/Björn Krondorfer (Hrsg.): Das Vermächtnis annehmen. Kulturelle und biographische Zugänge zum Holocaust – Beiträge aus den USA und Deutschland. Gießen 2002, S. 43-50, hier S. 47).

unterstützt und sich auch nicht als Militarist erwiesen hat“ (Art. 12. I).² Vor allem nachdem der Begriff des Mitläufers in diesem vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetz zur Bezeichnung der vierten von fünf Kategorien – neben Hauptschuldigen, Belasteten (unterteilt in Aktivisten, Militaristen sowie Nutznießer) und Minderbelasteten (als Bewährungsgruppe) einerseits und Entlasteten andererseits – verwendet worden ist, um individuelle Verantwortlichkeit im Rahmen der NS-Diktatur beurteilen und das jeweilige Strafmaß ermitteln zu können, wird sein Verständnis vor allem auf den Nationalsozialismus bezogen, umfasst aber auch Verhaltensweisen außerhalb dieses Zusammenhangs. Die aus der Spruchkammerpraxis in den Entnazifizierungsverfahren der frühen Bundesrepublik rekonstruierbare „Normalität des Mitläufertums“ mag die Akzeptanz der neu eingeführten Demokratie erhöht haben, sie mag auch dem Bedarf an als unbelastet ausgewiesenen funktionalen Eliten geschuldet und im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt opportun gewesen sein, sie stand aber und steht auch bis heute „im Gegensatz zur Norm demokratischen Bürgerverhaltens“.³ Auf Konformismus und Mitläufertum und noch mehr auf das Fehlen von Zivilcourage zielt auch das Gedicht „mut“, in dem der Lyriker und Dramatiker Kurt Bartsch, der in der DDR nach seiner Beteiligung am Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurde, sarkastisch formuliert:

„wenn ich meine eigene
Meinung äußern darf,
begann er ungewohnt kraß,
so hat schon Karl Marx gesagt, daß ...“⁴

Dieses und das eingangs zitierte Gedicht verweisen auf die NS-Diktatur und die SED-Diktatur und damit auf die beiden politischen Systeme, die der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung explizit als Kontrastfolie zur Anfertigung ihres eigenen Selbstbildes gedient haben. In der Zeit des Kalten Krieges haben sich die beiden deutschen Nachkriegsstaaten durch den gegenseitig erhobenen Vorwurf einer Kontinuität zum Nationalsozialismus voneinander abgegrenzt, suchten das eigene Gemeinwesen damit jeweils zu exkulperieren und die Fundamente für staatliche Legitimität sowie politische Identität

- 2 Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, geändert durch Gesetz Nr. 902 vom 23. Oktober 1947 (RegBl. S. 119), Gesetz Nr. 922 vom 29. März 1948 (RegBl. S. 58), Gesetz Nr. 923 vom 31. März 1948 (RegBl. S. 58) zit. n. <http://www.verfassungen.de/de/bw/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm>; letzter Aufruf 25.3.2013.
- 3 Gesine Schwan: Der Mitläufer. In: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1. 4. Aufl. München 2002, S. 654-669, hier S. 656.
- 4 Kurt Bartsch: Kaderakte. Gedichte und Prosa. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 88.

zu legen. Der Nationalsozialismus war für die beiden deutschen Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs „das konstitutive Gründungsereignis“⁵; aber weil dieses Gründungsereignis so unüberbietbar negativ war, wurde der Bezug zur NS-Vergangenheit auf beiden Seiten indirekt hergestellt, auf diametral zueinander verlaufenden Umwegen, die der damalige Ost-West-Konflikt gewiesen hat. Somit standen sich eine Theorie totalitärer Systeme, die in Westdeutschland in antikommunistischer Ausprägung Parallelen und Affinitäten bis hin zu Kongruenzen zwischen NS- und SED-Diktatur herausarbeitete, und eine Theorie faschistischer Systeme einander gegenüber, die in Ostdeutschland Faschismus zu einem Merkmal des Kapitalismus generalisierte und damit gewissermaßen universalisierte.

Mit ihrer antitotalitären bzw. antifaschistischen Grundausrichtung konnten die westlich integrierte Bundesrepublik und die von der Sowjetunion eingebundene DDR in ihrer jeweiligen Selbstpositionierung zum Nationalsozialismus auf der ideologisch und politisch „richtigen“ Seite stehen. Auf diese Weise konnte die nationalsozialistische Diktatur zum negatorisch legitimierenden Tertium comparationis im deutsch-deutschen Systemwettbewerb werden, in dem sich der politische Antitotalitarismus als Antikommunismus und der Antifaschismus als Antikapitalismus ausformte. Die diesen Prozess flankierenden politischen und politisch-kulturellen Bindungen an die jeweiligen Bündnispartner halfen auf beiden Seiten – darin kann man ein Verdienst erkennen –, die leidige Tradition eines deutschen Sonderbewusstseins weitgehend zu überwinden. Indem die Freund-Feind-Schematisierung des Kalten Krieges das kollektive Erinnern an die NS-Vergangenheit in doppelter Weise ideologisch konfigurierte, schuf sie für die Deutschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs die Möglichkeit von Identifikationen mit Opfern und Siegern und gleichzeitig des Leugnens einer Identität mit den Tätern. Vor dem Hintergrund dieser Konstellation ist – oder genauer: war – Zivilcourage aus westdeutscher Sicht eine bestimmte Verhaltensweise, die in autoritären und repressiven politischen Systemen ihren angemessenen Platz findet oder gefunden hat bzw. hätte finden sollen.

II.

Aber gegen was sollte Zivilcourage im freiheitlich-demokratisch verfassten Staat des Grundgesetzes gerichtet sein, in einer rechtsstaatlichen Demokratie, deren prinzipiell pluralistischer und gewaltenteilender Charakter durch einen historisch gewachsenen und grundgesetzlich garantierten Föderalismus zudem

5 Peter Reichel: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. 2. Aufl. München 2007, S. 16; Hervorhebung im Original.

noch gestärkt wurde, in der Regieren mehr und mehr zur Suche nach Einflussmöglichkeiten auf die Governance-Prozesse im supranational integrierten Mehrebenensystem mutiert? Wenn Zivilcourage im Nationalsozialismus dem Widerstand oder auch nur dem Aufbegehren gegen das menschenverachtende Unrechtsregime der Nationalsozialisten gegolten hat und in der DDR dem Protest gegen die autoritäre und mit einem allgegenwärtigen Geheimdienst alle Lebensbereiche durchdringende Diktatur der Nomenklaturkader der SED – wem gegenüber sollte sich dann Zivilcourage in der Demokratie der Bundesrepublik zeigen? Die politikwissenschaftlich begründete herrschaftstypologische Kontrastierung von Demokratie und Diktatur, die über den akademischen Bereich hinaus weit ins öffentliche Bewusstsein der Bundesrepublik eingedrungen ist, macht es in gewisser Weise absurd, in einem die Achtung der Menschenwürde und den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten garantierenden Rechtsstaat Zivilcourage als bürgerlichen Mut gegenüber einer repressiven Obrigkeit einzufordern oder zu einem gesellschaftlichen Leitbild zu erheben. Zumal nach der gesellschaftlichen Umbruchsphase der späten sechziger Jahre, die vielfach als die zweite, die eigentliche Gründung der Bundesrepublik wahrgenommen wurde, hat sich ein Selbstverständnis der westdeutschen Bundesrepublik als liberale und rechtsstaatliche Demokratie entwickelt, mit der auch ihre ehemaligen linken Kritiker ihren Frieden schließen konnten.

Dabei konnte bei der Gründung der zweiten Demokratie in Deutschland – nach dem ersten, heute gelegentlich zu gering geschätzten Versuch von Weimar – die Verankerung demokratischer Einstellungen in den Köpfen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger keineswegs als so gefestigt angesehen werden, dass sich Zivilcourage als Tugend erübrigte. Politische Kulturen sind durchaus nicht statisch, aber doch träge. Wohl verändern sie sich, doch vollziehen sich die Wandlungen, denen sie unterworfen sind, nur langsam und schwerfällig. Vor allem lassen sich diese Veränderungen nicht intentional steuern. Die Annahme, mit einer gezielten Einflussnahme auf politische Kultur, etwa durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Erziehung, lasse sich deren Entwicklung an einem festgesetzten Ziel ausrichten, unterstellt eine Situation der Tabula rasa oder auch der Stunde Null, die sich im Kontext politischer Kulturen nicht findet. Diese Auffassung von einer Planbarkeit politisch-kultureller Prozesse ignoriert den Tradierungscharakter politischer Kultur, deren Verwobenheit in geschichtliche Ereignisse, Erfahrungen und Erinnerungen, die sich nicht ablegen lassen wie die Mode der letzten Saison. Die in Prozessen politischer Sozialisation sich ausprägende, für eine Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt jeweils spezifische Verteilung von politisch relevanten Wertüberzeugungen, Kenntnissen, Einstellungen, Symbolen und Verhaltensmustern, die den Kern einer politischen Kultur ausmacht, spiegelt stets historische wie aktuelle Erfahrungen. Dieses Gefüge ist eingebettet in tradierte Wertmaßstäbe und sedimentierte Denkgewohnheiten, die als

kollektives Gut gesammelter Erfahrungen von Generation zu Generation weitergegeben werden. Es ist nicht die einzige, vielleicht noch nicht einmal die wichtigste Determinante gemeinsam geteilter Orientierungen gegenüber politischen Objekten, aber mit diesem überlieferten Erbe lassen sich die Kennzeichen und die Einzigartigkeit einer politischen Kultur an entscheidenden Punkten erklären und verstehen. Daher vermag die Momentaufnahme einer Querschnittuntersuchung ohne jede diachron angelegte Längsschnittperspektive keine sachlich angemessenen Aussagen über politisch-kulturelle Phänomene wie Zivilcourage zu tragen. Dabei liegt ein Motiv für die Notwendigkeit der Beschäftigung mit früheren Entwicklungsphasen einer politischen Kultur bzw. mit früheren Stadien des untersuchten politisch-kulturellen Phänomens für ein adäquates Verständnis von deren aktueller Qualität in der Art ihrer Aneignung. Die politisch relevanten Werte, Bewusstseinsformen und Handlungsmotivationen werden nicht allein, aber doch zu einem erheblichen Teil intergenerationell, in den Prozessen familialer und schulischer Sozialisation nämlich, vermittelt.⁶

III.

Damit kommen nun die Traditionen und Kontinuitäten politischer Kultur ins Spiel, die das Vorkommen von Zivilcourage bedingen, es befördern oder behindern können. Im Folgenden wird eine Linie deutscher Traditionen politischer Kultur vor 1945 extrapoliert, die es als geschichtliche Kontinuität mit kausaler Wirkungskraft zwar nicht gegeben hat, deren einzelne Elemente jedoch, bei allen Fragmentierungen und historischen Brüchen, zu gesellschaftlich dominierenden und die politische Entwicklung Deutschlands in entscheidender Weise beeinflussenden Trends werden konnten. In Anerkennung und bei Abwägung der Problematik, im Rahmen dieses Beitrags mit einer bewusst getroffenen Entscheidung und Auswahl bestimmte Teile vergangenen Geschehens zu besonders prägungsintensiven und andere zu weniger relevanten Faktoren zu erklären, wird die Unterbelichtung von Aspekten politischer Kultur in der deutschen Vergangenheit wie etwa der liberalen und demokratischen Ansätze im 19. Jahrhundert in Kauf genommen, deren Existenz sicher nicht zu bezweifeln ist, die aber bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in der politischen Kultur Deutschlands nie wirklich dominant wurden, die für die Frage nach

6 Vgl. Sylvia Greiffenhagen: Politische Sozialisation. In: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. Wiesbaden 2002, S. 407-418, Wolfgang Bergem: Politische Kultur und Geschichte. In: Samuel Salzborn (Hrsg.): Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. Frankfurt a. M. 2009, S. 201-227 u. Klaus Hurrelmann: Sozialisation. Das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung. 10. Aufl. Weinheim 2012, S. 116-160.

Erfolg oder Scheitern des ersten Versuchs der Deutschen mit der Staatsform der Demokratie nicht entscheidend waren, auf deren Basis der Barbarei der NS-Diktatur kein Riegel vorgeschoben werden konnte.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde so tief und anhaltend wie kein anderes staatliches oder staatsähnliches Gebilde von der Reformation und der ihr folgenden konfessionellen Teilung geprägt. In einem Herrschaftssystem, das sich durch die enge Verbindung von Reich und Kirche definierte, und in einer Zeit, in der die Antiquiertheit des mittelalterlichen Reichs im Vergleich zu den moderneren Staaten Westeuropas bereits deutlich geworden war, entstanden aus dem Streit über Luthers Thesen von 1517 eine Verknüpfung von Kirchenreform mit Reichsreform und eine Verstärkung der territorialen Zersplitterung des Reichs durch die konfessionelle Spaltung. Nachdem auch die Kompromissformel des Augsburger Religionsfriedens von 1555 zwar eine Periode des Friedens gebracht, aber letztlich verdeutlicht hatte, dass der Religionskonflikt mit rechtlichen Mitteln längerfristig nicht zu regeln war, entlud sich der konfessionelle Streit in einem erbitterten Bürgerkrieg unter Beteiligung von ausländischen Verbündeten. Das Westfälische Friedenswerk von 1648, mit dem das Wüten des Dreißigjährigen Krieges beendet wurde, schuf auf der einen Seite „eine Art von europäischem Grundgesetz“⁷ für die Staatengemeinschaft Europas und zementierte auf der anderen Seite die territoriale Zerteilung des Reichs, die die Entwicklung einer nationalen politischen Kultur und Identität in Deutschland für Jahrhunderte blockieren sollte.

Die traumatische Erfahrung der Grausamkeiten des Dreißigjährigen Krieges hatte fundamentale Bedeutung für die Entstehung der obrigkeitsstaatlichen Orientierung, die als eine kennzeichnende Tradition deutscher politischer Kultur angesehen werden kann: Die deutsche Untertanenmentalität, wie sie etwa in Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ literarisch entfaltet wird, basiert auf der historisch erklärbaren Bereitschaft, sich jeder staatlichen Autorität willig zu unterwerfen, sofern diese nur Sicherheit und Ordnung zu garantieren vermochte und „stark genug schien, eine Wiederkehr solcher Schrecken“ wie der des katastrophischen 17. Jahrhunderts „zu verhindern“.⁸ Der Wunsch nach einem starken, ordnenden und schützenden Staat gewann mit der Zeit eigene Dynamik und existierte weiter, auch als die Erinnerung an die Gräueltaten jenes Krieges allmählich verblasste. Die etatistische Tradition hat wichtige geistesgeschichtliche Wurzeln in der Auslegung der Lehre Martin Luthers von der Gehorsamspflicht gegenüber der staatlichen Obrigkeit und im Staatsidealismus des schwäbischen Pietisten Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der im Staat

7 Hagen Schulze: Kleine deutsche Geschichte. München 1996, S. 58.

8 Gordon A. Craig: Über die Deutschen. München 1985, S. 27.

die „vollendete Realität“ des Geistes erkannte, ihn zur „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ sowie zur „Wirklichkeit des substantiellen *Willens*“ überhöhte⁹ und ihn damit als substanzhaftes Wesen aus eigenem Recht der ohne ihn ungeordneten Gesellschaft gegenüberstellte.

Die deutsche Tradition obrigkeitsstaatlichen Denkens, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum implizierte, zeigt Züge der Untertanenkultur, die Gabriel Almond und Sidney Verba im 20. Jahrhundert idealtypisch von parochialer und partizipativer Kultur unterschieden haben.¹⁰ Sie gehört weiterhin zu den auf dem europäischen Kontinent entwickelten „Staatskulturen“, die Karl Rohe von den angelsächsischen „Gesellschaftskulturen“ abgegrenzt hat.¹¹ In der von preußischer Staatsphilosophie gefärbten deutschen Staatskultur ist der Bürger nicht autonomes Subjekt, dem der Staat wie in den westlichen Vertragstheorien erst seine Entstehung verdankt, sondern der vom Ethos von Gehorsam, Pflicht und Dienst durchdrungene Untertan, der seine persönlichen Interessen stets dem größeren Ganzen, dem als neutral und nur dem Gemeinwohl verpflichtet geltenden Staat, unterordnet. Gestützt wurden obrigkeitsstaatliche Orientierungen auch durch die Tatsache, dass die Deutschen im Unterschied zu Engländern und Franzosen die Erfahrung eines erfolgreichen Aufstands gegen eine staatliche Obrigkeit nicht gemacht haben – bis zur friedlichen Revolution in der DDR vom Herbst 1989. Hinzu kam, dass der deutsche Nationalstaat nicht, wie 1848 vergeblich versucht, durch eine Revolution gegen staatliche Autorität erkämpft oder als Manifestation bürgerlicher Emanzipation errichtet wurde, sondern in drei Kriegen zwischen 1864 und 1871 auf dem Schlachtfeld erfochten und als „Großmacht ohne Staatsidee“¹² von oben gegründet wurde. Dabei konnte Preußen mit seinen Traditionen des Autoritarismus und des Militarismus, der in einer „anormale[n] Stellung des Militärs“¹³ zum Ausdruck kam, seine führende Rolle im Prozess der nationalen Einigung Deutschlands zementieren und mit seiner „Vorrangstellung“ im Reich¹⁴ dessen Vielfalt regionaler politischer Kulturen schließlich überlagern.

9 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die Vernunft in der Geschichte. 5. Aufl. Hamburg 1955, S. 54, Anm. a). Ders.: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Mit Hegels eigenhändigen Randbemerkungen in seinem Handexemplar der Rechtsphilosophie. 4. Aufl. Hamburg 1955, S. 207 f.; Hervorhebung im Original.

10 Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, New Jersey 1963, S. 17-19.

11 Karl Rohe: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), S. 321-346, hier S. 343 f.

12 Helmuth Plessner: *Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche*. Zürich 1935, S. 25.

13 Christopher Clark: *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*. 2. Aufl. München 2009, S. 340.

14 Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*. 5. Aufl. München 2008, S. 638.

Im Zusammenspiel mit der vergleichsweise späten Gründung eines Nationalstaats unterstützte die Tradition des Obrigkeitsstaates die eskapistische Haltung einer prinzipiellen Distanz zur Politik und zum Politischen – keine geeignete kulturelle Grundlage für Zivilcourage als demokratische Tugend. Im Kontext der historischen und ideengeschichtlichen Verspätungen Deutschlands, deren Ursache Helmuth Plessner in einer Entfremdung vom Westen seit dem 17. Jahrhundert ausgemacht hat,¹⁵ entstand als Surrogat für die politisch nicht zu realisierende Staatsnation die Vorstellung von einer deutschen Kulturturnation.¹⁶ Abstammung, Geschichte und eine in der Vergangenheit des Volkes wurzelnde Kultur wurden seit Herder und vor allem seit der Zeit der Romantik die Referenzpunkte nationaler Identität in Deutschland und nicht die Frage nach der politischen Gestaltung des gegenwärtigen und zukünftigen Zusammenlebens der Bürger. Politik galt in dieser apolitischen Tradition als ein schmutziges Geschäft und denen vorbehalten, die sich zu ihr berufen fühlen mochten, als Angelegenheit des Staates, nicht der Gesellschaft. Sie wurde kein Betätigungsfeld für das Bürgertum, dessen Engagement sich dann auf Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konzentrierte. Dem deutschen Bürgertum des 19. Jahrhunderts, dem vom autoritären Staat politische Apathie auch nahegelegt wurde, gewährte weniger das politische Leben in der Sphäre der Öffentlichkeit Satisfaktion als vielmehr der Rückzug in den privaten, nichtöffentlichen Bereich. Hier stellten die Romantik und der deutsche Idealismus die Möglichkeiten zur Flucht vor der grauen Wirklichkeit in die Welt der Innerlichkeit bereit, in das Reich der vorgeblich unverfälschten Ideen und Ideale.

Verstärkt wurde die unpolitische Tradition der deutschen politischen Kultur durch eine verbreitete Ablehnung von aufklärerischen Ideen, die in politischer Dimensionierung während der Romantik als die Ideen des französischen Kriegsgegners ins Land gekommen und mit entsprechender Skepsis aufgenommen worden waren. In der Zeit der Befreiungskriege gegen Napoleons Truppen wurde die politische Idee einer deutschen Nation von deutungskulturellen Eliten mit antifranzösischer Stoßrichtung unter das Volk gebracht. Die seitdem durch die Abgrenzung von ihren realen oder imaginierten Feinden identifizierte deutsche Nation war dadurch verknüpft mit der Gegnerschaft zu den Zielen der Französischen Revolution, die die politischen Ideen und Werte des Westens auf den Begriff gebracht hatten. Dicht verwoben mit den Traditionen des Etatismus und der politischen Apathie waren ein übersteigertes Bedürfnis nach Konsens und eine Sehnsucht nach Harmonie, die sich in einer unterentwickelten Bereitschaft und Fähigkeit zur politischen Regulierung gesellschaftlicher Konflikte ausdrückten, ebenso wie die Karriere von

15 Plessner (wie Anm. 12), S. 28.

16 Vgl. Wolfgang Bergem: Deutschlands langsamer Abschied von der Kulturturnation. In: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 42 (2010), S. 277-290.

instrumentellen Sekundärtugenden als gesellschaftlich etablierten Verhaltensleitbildern und die Wahrnehmung der Welt des Politischen in den Kategorien von Freund und Feind, die niemand konsequenter formuliert hat als der deutsche Staatsrechtslehrer Carl Schmitt.¹⁷

IV.

Was bedeutet nun das Fortwirken dieser insgesamt etatistischen, autoritären und unpolitischen Traditionen über mehrere Systemwechsel hinweg bis hinein in die neu gegründete Bundesrepublik für die Wahrscheinlichkeit von Zivilcourage? Zivilcourage im Verständnis von Bürgermut, im Sinne eines mutigen Verhaltens, mit dem sich eine Person ohne Rücksicht auf mögliche eigene Nachteile für die Geltung von Werten einsetzt, von denen sie überzeugt ist und für die sie Verantwortung empfindet, beruht auf der Fähigkeit und der Bereitschaft, in Konflikte eintreten zu können und zu wollen. Die vorhin angesprochene Bevorzugung des Konsenses gegenüber dem Konflikt in der Art der Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft stand und steht zum Teil noch heute in Deutschland vor dem Hintergrund von Harmoniebedürfnis und idealischer Weltsicht. Die Deutschen taten und tun sich zum Teil bis in die Gegenwart oft schwer, ihre Konflikte nüchtern auszutragen. Wenn eine generelle Abgrenzung vom Gegenüber möglich oder sogar erwünscht war, hob man sie entweder in den Rang einer prinzipiellen Auseinandersetzung oder man verdrängte sie um eines Scheinfriedens willen aus der Wahrnehmung. In dieser Auffassung gilt Einigkeit als ein hoher Wert, wird fast absolut gesetzt. Integration, Kohäsion und Stabilität stehen hier vor Differenz, Pluralität und Dynamik. In dieser Sichtweise erscheinen Konflikte grundsätzlich als negative, dem sozialen Zusammenleben zuwiderlaufende Vorgänge, was sich mit dem politischen Prinzip der liberalen Demokratie, die auf geregelte Austragung von Konflikten, auf immer wieder neu zu schließende Kompromisse hin angelegt ist, nicht vereinbaren lässt. Der Zerrissenheit und den Interessenkonflikten der Gesellschaft und dem Parteienstreit der parlamentarischen Demokratie stehen in dieser Sicht die Hoheit und Würde sowie die konfliktentzogene Überparteilichkeit des Staates gegenüber.

Kurt Sontheimer erkannte eine „Tradition der Konfliktscheu“ in dem „Unvermögen der meisten Deutschen, im begrenzten und geregelten Konflikt ein

17 Vgl. ausführlicher zu den Traditionen politischer Kultur in Deutschland: Kurt Sontheimer: Deutschlands politische Kultur. München 1990, S. 33-40. Wolfgang Bergem: Tradition und Transformation. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Kultur in Deutschland. Opladen 1993, S. 64-97. Martin Greiffenhagen: Politische Traditionen. In: Martin Greiffenhagen / Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. Wiesbaden 2002, S. 471-477.

Mittel produktiver Gesellschaftsgestaltung zu erblicken.“¹⁸ Ralf Dahrendorf hat sich mit großem Engagement dafür eingesetzt, die deutsche Tradition der Harmoniesehnsucht, der zufolge Konflikte „nicht geregelt, sondern ‚gelöst‘“ werden sollten, zu überwinden und stattdessen eine Orientierung am angelsächsischen Pragmatismus im Verständnis von sozialen Konflikten als einem „generellen Phänomen menschlicher Gesellschaften ohne vorbestimmten Verlauf“ zu etablieren.¹⁹ Die Orientierung an dem Ideal der Konfliktlosigkeit verhinderte lange Zeit die Fähigkeit zum Kompromiss, die eine wichtige Prämisse für das Funktionieren der Demokratie darstellt. In dieser Denktradition wurden Konflikte, Kontroversen und Protest als störende Ausnahme empfunden, nicht als der Normalzustand von Gesellschaft, der für Entwicklung und Fortschritt sorgt. Sicherlich ist ein bestimmtes Maß an Konsens über grundlegende Fragen des Zusammenlebens für jede Gesellschaft unverzichtbar, jedoch sollte dieser Konsens rational begründbar sein, etwa im Blick auf die Vernunft der Anerkennung universell gültiger Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung und -kontrolle, der sozialverträglichen Ausbalancierung der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit usw. Die deutsche Sehnsucht nach Harmonisierung und Konfliktlosigkeit waren hingegen mythisch überhöht und irrational. Einigkeit und Gemeinschaft wurden hier ebenso ins Metaphysische gehoben wie Staat und Nation.

Die Harmonie, die um den Preis geklärter Standpunkte nur äußerlich aufrechterhalten wurde, erwies sich als hohle Attrappe; Konflikte wurden kaschiert, nicht anerkannt und geregelt. Die mangelnde Fähigkeit, Konfliktzustände aushalten zu können, zeigte sich im Kaiserreich im entschiedenen Vorgehen gegen ihr Auftreten: in der Ausgrenzung von angeblichen ‚Reichsfeinden‘ – so wurden im Zuge des preußischen und deutschen „Antikatholizismus“ als einem der „wichtigsten Merkmale des Liberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts“²⁰ Katholiken aus der protestantisch-preußischen Leitkultur ausgegrenzt – und dem Ausweichen auf den Versuch „polizeilich-gerichtlicher Konfliktregulierung bzw. Konfliktunterdrückung“.²¹ Formen einer idealischen, von der Wirklichkeit absehbenden Weltsicht können nicht nur zur Fundamentalisierung und Dogmatisierung theoretischer Positionen führen, sondern auch zu einer individuellen Reduktion der Komplexität von Politik, um deren interdependente Strukturen als überschaubar, eindeutig und monokausal erklärbar wahrnehmen zu können.

18 Sontheimer (wie Anm. 17), S. 39.

19 Ralf Dahrendorf: *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. München 1972, S. 168 und S. 13.

20 Clark (wie Anm. 14), S. 651.

21 Peter Reichel: *Politische Kultur der Bundesrepublik*. Opladen 1981, S. 100, Hervorhebungen im Original.

Wie hat sich nun angesichts dieses – für die Ausprägung von Zivilcourage schwierigen – Erbes die politische Kultur in der Bundesrepublik entwickelt? In demoskopischen Erhebungen wurde im ersten Jahrzehnt des westdeutschen Staates ein passives und formal-distanziertes Verhältnis der Bundesbürger zur Politik bei einem gleichzeitig hohen politischen Informationsstand ermittelt. Kennzeichnende Merkmale politischer Kultur in der Ära Adenauer waren eine starke Output-Orientierung, also eine Erwartungshaltung gegenüber Dienstleistungen und Vergünstigungen des politischen Systems, sowie ein ausgeprägtes Vertrauen in Regierung und Verwaltung, während ein nur geringes Interesse an eigener politischer Beteiligung konstatiert wurde.²² Die im internationalen Vergleich relativ hohe Wahlbeteiligung in der frühen Bundesrepublik, die prima facie im Widerspruch zu dem in Umfragen festgestellten nur schwach ausgeprägten Glauben an die eigenen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf politische Prozesse stand, wurde damit erklärt, dass das Wahlrecht von den Westdeutschen vor allem als eine Wahlpflicht aufgefasst worden sei, der man nun zu genügen habe.²³ Hinzu kam, dass die Bundesbürger eher auf Eigenschaften der Bevölkerung und das Wirtschaftssystem stolz waren und nicht – wie die Bürger der USA und Großbritanniens – auf ihre politischen Institutionen.²⁴ Die nüchterne und verhalten-skeptische Haltung der meisten Westdeutschen in dieser Zeit gegenüber allem Politischen verband sich mit einer pragmatischen, mit den wirtschaftlichen Leistungen des neuen Staates und wachsendem Wohlstand begründeten Systemakzeptanz und spiegelte auch die Erfahrung mit der Omnipräsenz des Politischen im vorangegangenen totalitären Regime.

Der entscheidende Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik setzte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein. Er wurde vor allem von der Generation initiiert und getragen, die als erste ihre politische Sozialisation nur in der Nachkriegszeit erlebt hatte. Auch wenn sich der Protest der Studentenrevolte von 1967/68 gegen den neopluralistischen, gegenüber dem repräsentativ-demokratischen Staat affirmativen Nachkriegskonsens richtete, trug er seinen Teil dazu bei, dass die Bundesbürger in den siebziger und achtziger Jahren in Umfragen gestiegene Werte für politisches Interesse und Partizipation, affektive Bindungen an das politische System und eine von ökonomischen Leistungen unabhängige Unterstützungsbereitschaft für die Demokratie

22 Vgl. Almond/Verba (wie Anm. 10), S. 428 f. u. 494-497. Die zugrunde liegenden Interviews in Deutschland sind in den späten 1950er Jahren durchgeführt worden.

23 Vgl. Sidney Verba: *Germany: The Remaking of Political Culture*. In: Lucian W. Pye/Ders. (Hrsg.): *Political Culture and Political Development*. Princeton, New Jersey 1965, S. 130-170, hier S. 147-150.

24 Vgl. Almond/Verba (wie Anm. 10), S. 102.

zeigten, so dass die Bundesrepublik als in der realen politischen Kultur fest verankert gelten konnte.²⁵ Der weitgehende Bruch der für die Ära Adenauer noch erkennbaren Kontinuität etatistischer, autoritärer und unpolitischer Traditionen basierte weniger auf Einstellungsänderungen der älteren Jahrgänge als auf dem Nachwachsen jüngerer, besser ausgebildeter, im freiheitlichen System der Demokratie sozialisierter und unter günstigeren ökonomischen Bedingungen aufgewachsener Generationen, die zu den Trägern eines post-materialistischen Wertewandels und der Neuen Sozialen Bewegungen wurden. Nach dem unruhigen Jahrzehnt zwischen 1967 und 1977 hat der US-amerikanische Deutschlandexperte David Conradt – in einer Zeit, in der für die USA und Großbritannien eine Erosion des Vertrauens in die Regierung und in Politik generell sowie vielfache Krisenphänomene festgestellt wurden – die Bundesrepublik gar als „model stable democracy“²⁶ wahrgenommen.

Zusammenfassen lässt sich also *cum grano salis*: Der aus dem 19. Jahrhundert noch herüberragende Typus des Untertanen, der in der Ära Adenauer durchaus kennzeichnend für große Teile der westdeutschen Gesellschaft war, wurde mehr und mehr durch die demokratische Persönlichkeit ersetzt. Dieser neue Persönlichkeitstypus kann – so viel kann man den Aussagen in den Verfassungen der nach 1945 gegründeten westdeutschen Bundesländer und den staatlich normierten Richtlinien und Lehrplänen für die Schule bei allen Differenzen im Detail und in Längsschnittperspektive durchaus entnehmen²⁷ – auch als eine Art Minimalkonsens über die Ziele einer Einwirkung staatlicher Institutionen auf die Ausprägung politischer Kultur gelten. Als Gegenbild zur autoritären Persönlichkeit sowie als Zielvorstellung staatlich motivierter Sozialisation ist dieser mündige Staatsbürger von einer humanen und sozialen Grundeinstellung, Toleranz, Selbstständigkeit, Kompromissfähigkeit, sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, demokratischem Bewusstsein, einer rational begründeten politischen Urteilsfähigkeit und Beteiligungsbereitschaft geprägt – der ideale Kandidat, die ideale Kandidatin also für Zivilcourage.

VI.

Wie wird der Begriff der Zivilcourage nun heute in der Bundesrepublik verwendet? Weitgehend konsensual ist zunächst, dass Zivilcourage eine

25 Vgl. etwa David P. Conradt: *Changing German Political Culture*. In: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited*. Boston 1980, S. 212-272. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: *Die Deutschen. Profil einer Nation*. Stuttgart 1991, S. 139-143. Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*. München 1993, S. 105-121.

26 Conradt (wie Anm. 25), S. 265.

27 Vgl. Bergem (wie Anm. 17), S. 104-113 u. 156-172.

individuelle Verhaltensdisposition bezeichnet, die – darauf weist die lateinische Wurzel des ersten Wortteils ‚civilis‘ hin – einen Bürger oder eine Bürgerin in einer konkreten, meist öffentlichen Situation, in der zentrale Wertüberzeugungen oder die Integrität einer Person verletzt werden, bei Inkaufnahme möglicher Nachteile handeln lässt. Mit der für Zivilcourage kennzeichnenden Wahrnehmung bürgerlicher Verantwortlichkeit kann diese Verhaltensdisposition als Gegenmodell des eingangs beschriebenen Mitläufertums gelten. Es geht also um explizit bürgerliches oder zivilgesellschaftliches Handeln bzw. die Bereitschaft dazu. Deshalb ist es kaum sinnvoll, wie Christian Hacke – in einem Essay zur Enthaltung der deutschen Bundesregierung bei der Verabschiedung der Resolution im UN-Sicherheitsrat für die Unterstützung der libyschen Rebellion gegen das Gaddafi-Regime durch Einrichtung einer Flugverbotszone – von einer „Zivilmacht ohne Zivilcourage“ zu sprechen oder das Fehlen „außenpolitische[r] Zivilcourage“ zu beklagen.²⁸ Staatliche Akteure der Außenpolitik oder auch anderer Policies sind gerade die Inhaber der staatlichen Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht, gegen die sich Bürgermut bzw. Zivilcourage gegebenenfalls richtet. Jenseits also des ansonsten weithin anerkannten Konsenses, Zivilcourage im Kontext bürgerlichen Handelns zu verorten, lassen sich im bundesrepublikanischen Sprachgebrauch vor allem zwei verschiedene Verwendungs- und Bedeutungszusammenhänge unterscheiden:

Auf der einen Seite verwenden staatliche Akteure, also die Repräsentanten des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates, der sich als Gegenmodell zu den beiden autoritären Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert entworfen hat, den Begriff der Zivilcourage überwiegend für Nahkampfsituationen, in denen ein beherztes Eingreifen in einen tätlichen Übergriff auf die Rettung des Opfers zielt. So hat bei der Berliner Gedenkfeier zum 9. November 2012 Bundespräsident Joachim Gauck zum einen betont, „statt staatlicher Ausgrenzung von Juden gebe es in Deutschland heute ein Rechtssystem, Demokratie und Menschenrechte – auch dank des Einsatzes der Ostdeutschen in der Freiheitsrevolution“; zum anderen und unabhängig von dem hier umrissenen staatlichen Kontext rief Gauck „zur Zivilcourage auf. Man könne nicht immer stark genug sein, ‚um eine fünfköpfige Clique in ihre Grenzen zu weisen‘, so das Staatsoberhaupt. Dies könne der Staat auch nicht verlangen. ‚Aber wir können Zeuge sein,‘“ fügte er an.²⁹ Die „fünfköpfige Clique“ war eine Anspielung auf eine brutale Gewalttat, die sich in Berlin am Alexanderplatz einen Monat zuvor ereignet hatte. Dort wurde ein 20-Jähriger ohne

28 Christian Hacke: Deutschland und der Libyen-Konflikt: Zivilmacht ohne Zivilcourage – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2011, S. 50-53, hier S. 53.

29 Bundespräsident Gauck ruft zu Zivilcourage auf. DPA-Meldung in Hamburger Abendblatt v. 10.11.2012 (zit. n. <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article110879726/Bundespraesident-Gauck-ruft-zu-Zivilcourage-auf.html>; letzter Aufruf 25.3.2013).

erkennbaren Anlass von mehreren Tätern so brutal zusammengeschlagen und getreten, dass er einen Tag später an Gehirnblutungen starb. Aus Anlass seines offiziellen Antrittsbesuchs in Berlin kurz darauf forderte Gauck „mehr zivilgesellschaftliche Gesinnung, wenn Gewalt plötzlich zu einem Kurzwort für urbanes Leben in Berlin“ werde. Es gelte zum einen, „wahrzunehmen, wo Unrecht geschieht, wo gegenüber Schwächeren Gewalt exekutiert“ werde, und zum anderen, „dass wir uns nach Strategien fragen, wie wir das verhindern oder verändern können“; angesichts solcher Gewalttaten könnten „wir nur verabreden, weiter Entschlossenheit zu zeigen, Gewalt niemals zu tolerieren.“³⁰

In einem anderen Beispiel aus Nordrhein-Westfalen hat Innenminister Ralf Jäger Anfang März 2012 den Preis für Zivilcourage vergeben. Er hob bei der Auszeichnung der sechs Preisträgerinnen und Preisträger hervor: „Sie beweisen Mut, indem sie bei Unrecht hinsehen, couragiert einschreiten und anderen helfen.“³¹ Ausgezeichnet wurden Personen, die einen Einbrecher bzw. einen Handtaschenräuber bis zur polizeilichen Festnahme festhalten konnten oder die sich durch Mut und beherztes Eingreifen ausgezeichnet hatten, wenn andere Personen zusammengeschlagen und -getreten worden waren. Teilweise konnten die Schläger durch Ansprechen, lautes Rufen nach Polizei und Krankenwagen in die Flucht geschlagen werden, teilweise hatten die Geehrten den oder die Gewalttäter mit Anwendung körperlicher Gewalt von seinem Tun abgehalten oder festgehalten, bis die Polizei eintraf. Für diese staatlicherseits ausgezeichnete Form von Zivilcourage ist neben der Entschlossenheit zum eigenen Handeln, zum Eingreifen in ein sich aktuell ereignendes Geschehen sicherlich eine robuste körperliche Konstitution hilfreich.

Auf der anderen Seite steht ein Verständnis von Zivilcourage, das weniger staatlich als vielmehr zivilgesellschaftlich verankert ist. Das oben angesprochene Verständnis, Zivilcourage gegenüber staatlichen Akteuren bzw. staatlichem Handeln nur autoritären Diktaturen zuzuschreiben, wird hier nicht geteilt. Als Beispiel kann das Netzwerk von Georg-Elser-Initiativen und -Arbeitskreisen gelten. Die „Courage-Elser-Initiative für Zivilcourage heute“ würdigt mit ihrer Tätigkeit – wie eine Reihe lokal verorteter Georg-Elser-Initiativen oder Georg-Elser-Arbeitskreise – das Andenken an den Widerstandskämpfer und Hitler-Attentäter Johann Georg Elser. Es geht den Initiativen zum einen um ein geschichtspolitisches und erinnerungskulturelles Anliegen im Umgang mit Elser; so formuliert die Georg-Elser-Initiative München ihr Ziel

30 Bundespräsident Joachim Gauck beim Antrittsbesuch in Berlin am 22.10.2012 in Berlin (<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/10/121022-Berlin.html>; letzter Aufruf 25.3.2013).

31 Verantwortung übernehmen und handeln / Minister Jäger dankt Preisträgern für Zivilcourage (<http://www.nrw.de/landesregierung/minister-jaeger-dankt-preistraegern-fuer-zivilcourage-14298/>; letzter Aufruf 25.3.2013).

darin, „Elser an die Stelle in der Geschichte des Widerstandes zu rücken, wo er hingehört: neben die ‚Weiße Rose‘ und den ‚20. Juli‘.“³² Zum andern zielt die Courage-Elser-Initiative für Zivilcourage stärker gegenwartsbezogen auf „die Chance, Elser durch unseren Einsatz für Zivilcourage würdigen zu können. Elser's Courage [müsse] zum öffentlichen Symbol auch für Zivilcourage heute werden.“³³ In einem brieflich übermittelten Grußwort an die in Brandenburg ansässige Courage-Elser-Initiative würdigte Ministerpräsident Matthias Platzeck das zivilgesellschaftlich verankerte Verständnis von Zivilcourage und formulierte: „Die Erinnerung an Elser's couragierte Tat ist bürgerschaftliches Engagement im allerbesten Sinne.“ Deshalb danke er der Courage-Elser-Initiative dafür, dass sie an die Zivilcourage erinnere, „die Georg Elser bewies, dessen Leben und Handeln uns als Vorbild dienen kann.“³⁴ Diese Initiativen haben ab 2001 gemeinsam den Georg-Elser-Preis verliehen. Das Statut des Preises zählt auf, welche Personen Preisträger oder Preisträgerin werden können. Diese Aufzählung wirft ein erhellendes Licht auf das hier vorliegende Begriffsverständnis und kann insoweit als Paraphrasierung des Begriffs ‚Zivilcourage‘ gelten. Verliehen werden kann der Preis laut Statut nur an

- „Einzelpersonen (in begründeten Ausnahmefällen auch Vertreterinnen von Initiativen), die sich durch Zivilcourage, zivilen Ungehorsam und unerschrockenes Handeln gegen die herrschende Staatsgewalt hervorgetan haben.
- Menschen, die wie Georg Elser früh erkannt haben, ‚wohin die Reise gehen‘ soll und sich mit aller Kraft einem herrschenden, zynischen, zerstörerischen Trend entgegengestellt haben.
- Menschen, die ihrem Gewissen folgend, stellvertretend für die schweigende Mehrheit Verantwortung übernehmen, ja ihre Existenz aufs Spiel setzen, um das Schlimmste zu vermeiden, um als Recht Erkanntes gegen offiziell geltendes Recht durchzusetzen.
- Menschen, die trotz Globalisierungseuphorie und Terrorismusangst zeigen, dass es möglich, ja nötig ist, gegen den Strom zu schwimmen, sich auf die Seite der Schwachen, Benachteiligten, Unterdrückten zu stellen und etwas tun.“³⁵

Träger dieses gemeinsam verliehenen Preises waren von 2011 bis 2007 erstens Jürgen Quandt, ein evangelischer Pfarrer, der sich in Berlin-Kreuzberg um das Kirchenasyl verdient gemacht hat und in der Asylbewegung tätig ist, zweitens

32 Georg-Elser-Initiative München: Wie es begann (<http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/geim-anfang.htm>; letzter Aufruf 25.3.2013).

33 Courage Elser (http://www.courage-elser.de/Elser_Initiative.html; letzter Aufruf 25.3.2013).

34 Fundstücke zu Georg Elser (<http://www.courage-elser.de/Fundstuecke.html>; letzter Aufruf 25.3.2013).

35 Georg-Elser-Preis: Das Statut (<http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/statut.htm>; letzter Aufruf 25.3.2013).

Winfried Maier, der Staatsanwalt, der mit seinen Ermittlungen gegen Karlheinz Schreiber, Max Strauß, Holger Pfahls u.a. den CDU-Spendenskandal ausgelöst hat, drittens der Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands aufgrund ihres Engagements im Kontext des Tschetschenienkriegs und viertens Elias Bierdel, der Kapitän der Cap Anamur, der in einem umstrittenen Flüchtlingsdrama afrikanische Emigranten in Sizilien an Land gebracht hat und daraufhin von den italienischen Behörden festgenommen wurde.³⁶

In den folgenden Jahren brach Streit zwischen den beteiligten Initiativen aus, da die Begründerin des Preises von der Münchner Initiative ab 2009 den Preis bzw. einen gleichnamigen Preis entgegen Absprachen und Statut und – wie ihre Kritiker sagen – „eigenmächtig“ verliehen hat an die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld und den bei einem Polizeieinsatz verletzten Stuttgart 21-Gegner Dietrich Wagner.³⁷ Aufschlussreich für das Verhältnis zwischen Zivilcourage in autoritär-repressiven und in freiheitlich-rechtsstaatlichen Strukturen war die Diskussion, die von der umstrittenen Verleihung des Georg-Elser-Preises an den bei einem Wassereinsatz in Stuttgart bis zu einer folgenden fast völligen Erblindung am Auge verletzten Bahnhofsgegner ausgelöst wurde. So argumentierte Gunnar Schupelius in der Berliner Zeitung vom 9. November 2011, durch die Preisverleihung werde Elsers Tat „entwertet“. Wagners Teilnahme an einer Demonstration, bei der er „durch einen unglücklichen Zufall verletzt“ worden sei, sei kein „Symbol für bürgerlichen Widerstand“, wie es in der Begründung der Preisverleihung heißt. Der Demonstrant, der sein vom Staat geschütztes Recht auf Demonstration wahrgenommen habe, habe sich keinem „zynischen zerstörerischen Trend“ entgegengestellt, wie es das Statut des Preises formuliert. Er habe vielmehr „gegen den Neubau eines Bahnhofs“ protestiert, der „von demokratischen Instanzen in rechtsstaatlichen Verfahren geplant worden war“, während Georg Elser „den größten Massenmörder aller Zeiten“ habe stoppen wollen.³⁸

Sicherlich fiel die Kritik an der Preisverleihung an Dietrich Wagner so vehement aus, vor allem in Kommentaren aus Baden-Württemberg, da der Bahnhofsneubau und der Protest gegen diese Maßnahme nach wie vor äußerst kontrovers eingeschätzt werden. Allerdings wird die Logik der Argumentation in diesem Fall beim Protest gegen ein Bauvorhaben nur besonders deutlich; sie kann jedoch mit gleicher Berechtigung in allen Fällen angewandt werden, in denen sich Zivilcourage gegen staatliche Entscheidungen, Strukturen oder Deutungsmonopole im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat richtet. Prinzipiell ähnlich könnte man auch bei dem in der Asylbewegung aktiven Berliner

36 Vgl. Georg-Elser-Preis (<http://www.georg-elsler-arbeitskreis.de/preis/>; letzter Aufruf 25.3.2013).

37 Vgl. ebd..

38 Gunnar Schupelius: In Berlin wird Georg Elser geehrt. In München wird seine Heldentat entwertet. In: Berliner Zeitung vom 9.11.2011.

Pfarrer oder dem seine dienstlichen Aufgaben ernst nehmenden Staatsanwalt argumentieren. Im Grunde macht sich Schupelius die oben skizzierte und vor allem, aber nicht nur von staatlichen Akteuren vertretene Auffassung zu eigen, die semantische Reichweite von ‚Zivilcourage‘ auf Handlungen unter Bedingungen der Diktatur zu begrenzen: Nach den unüberbietbar heroischen Taten der Zivilcourage in der totalitären Diktatur der Nationalsozialisten könne es demnach in der Demokratie der Bundesrepublik keine Zivilcourage gegenüber Entstehung, Vollzug und Konsequenzen staatlicher Entscheidungen mehr geben.

VII.

Das zeigt, die grundsätzlich dichotomische Struktur im Begriffsverständnis von ‚Zivilcourage‘ ist nicht aufhebbar. Die Geister scheiden sich an dem Punkt, an dem zur Entscheidung steht, wer oder was Objekt bürgerlicher Courage wird. Die Legitimierbarkeit zivilcouragierten Handelns ist umso größer, je allgemeiner die Werte sind, mit deren Verletzung es begründet wird. Wenn Zivilcourage aber auf den Schutz nicht partikularer Interessen, sondern möglichst generalisierbarer Werte zielen soll, dann stehen im Zentrum dieser universellen Werte letzten Endes die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ zum Ausdruck gebrachten Vorstellungen. In seiner 2011 auf deutsch erschienenen Schrift „Empört euch!“ plädiert der jüngst verstorbene Stéphane Hessel für eine Wiederbelebung der Werte der Résistance in Frankreich in den freiheitlich verfassten Demokratien des Westens, aber eigentlich überall und schreibt über die UN-Menschenrechts-Charta, an deren Redaktion der Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald 1948 mitgewirkt hat:

„Ich wünsche allen, jedem Einzelnen von euch einen Grund zur Empörung. Das ist kostbar. Wenn man sich über etwas empört, wie mich der Naziwahn empört hat, wird man aktiv, stark und engagiert. Man verbindet sich mit dem Strom der Geschichte, und der große Strom der Geschichte nimmt seinen Lauf dank dem Engagement der Vielen – zu mehr Gerechtigkeit und Freiheit, wenn auch nicht zur schrankenlosen Freiheit des Fuchses im Hühnerstall. Die in der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘ [...] von 1948 niedergelegten Rechte sind universell. Wann immer sie jemand vorenthalten werden, und ihr merkt es: Nehmt Anteil, helft ihm, in den Schutz dieser Rechte zu gelangen.“³⁹

Auch wenn der Begriff selbst in dem Manifest nicht fällt: Es ist (auch) ein Aufruf zur Zivilcourage. Um welche der in der Menschenrechts-Charta

39 Stéphane Hessel: *Empört euch!* Aus dem Französischen von Michael Kogon. 18. Aufl. Berlin 2012, S. 10.

verankerten Rechte es in der Bindung an Zivilcourage nun jeweils geht, ist der individuellen Entscheidung vorbehalten. Das kann das von welchen Akteuren auch immer verletzte Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person sein, das das Recht auf körperliche Unversehrtheit einschließt, ebenso wie das Asylrecht, das Demonstrationsrecht oder das Recht auf Meinungsfreiheit. Hessel übrigen betont in seiner Streitschrift in besonderer Weise als „zwei große neue Menschheitsaufgaben“ zum einen „die weit geöffnete und noch immer weiter sich öffnende Schere zwischen ganz arm und ganz reich“ und zum anderen „die Menschenrechte und den Zustand unseres Planeten“.⁴⁰

Gesine Schwan hält Zivilcourage ebenso wenig wie „Individualismus, Nonkonformismus, [...] eigenverantwortliche Initiative und nachbarschaftliche Kooperationsbereitschaft“ zu den „hervorstechendste[n] Charakteristika, die man auf Anhieb mit Deutschland assoziiert. Erst recht nicht Eigenschaften wie Selbstdistanz, Humor, Freundlichkeit und vor allem Fremd- und Selbstvertrauen, die als Habitus eine besonders verlässliche Schranke gegen das Mitläufertum errichten würden. Wäre dies der Fall, so könnten wir mit einiger Beruhigung feststellen, dass Deutschland auch politisch-kulturell endgültig in der Demokratie angekommen wäre.“⁴¹

Immerhin können in der gegenwärtigen Bundesrepublik Soziale Bewegungen, spontan mobilisierbares Protestpotential, NGOs und Bürgerinitiativen, im weiteren Sinne auch das aktuell erwachte Interesse an Bürgerbeteiligung in verschiedenen Facetten und die von Stéphane Hessel angesprochene Bereitschaft zur Empörung als Schulen der Zivilcourage gelten. Dennoch sind die Chancen für eine breite Etablierung der Voraussetzungen zur demokratischen Tugend des Bürgermuts keineswegs nur rosig: Der Altruismus als notwendige persönliche Prädisposition für zivilcouragiertes Handeln zugunsten eines anderen oder mehrerer anderer bei Zurückstellung eigener Interessen oder gar bei Inkaufnahme konkreter eigener Nachteile ist das Gegenstück des heute geradezu zum sozialen Leitbild avancierten Egoismus. Diesen Egoismus hat die in der Ökonomie wurzelnde Rational-Choice-Theorie bei ihrem Siegeszug durch die Sozialwissenschaften mit dem deduktiv eingeführten und axiomatisch gelten sollenden Menschenbild des „homo oeconomicus“ zur gesellschaftlichen Verhaltensnorm schlechthin erklärt. Gerade deshalb gilt es, dem bei allen Handlungsvollzügen stets Kosten und Nutzen kalkulierenden und daher zur Zivilcourage untauglichen „homo oeconomicus“ den „homo civilis“, den im Sinne des Gemeinwesens und seiner verallgemeinerbaren Normen handelnden Bürger entgegenzustellen.

40 Ebd., S. 13.

41 Schwan (wie Anm. 3), S. 669.